

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

März 2025

Lebensort
magazin

Wohnen in Vielfalt

LEBENSORT VIELFALT



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Berufspolitik

Änderung des Laufbahngesetzes (LfbG), des Landesbeamtengesetzes (LBG): Laufbahnverordnungen allgemeiner Verwaltungsdienst	4
--	---

Besoldung

Die neuen Tabellen	5
--------------------	---

Personalräte

Schulungen angelaufen	6
Kostenübernahme gesichert	7

Innere Sicherheit

Praxisferne Waffenverbotszonen	8
DPolG zeigt Mängel auf	9

gkl berlin

Nachhilfe für Verkehrspolitiker	10
---------------------------------	----

Titelgeschichte

Wohnen in Vielfalt	12
--------------------	----

Unterhaltung

Schlemmen und Wohlfühlen	14
Preisrätsel	15

Letzte Seite

Schutz für Mandatsträger gefordert	16
Mehr Aggressionen gegen Lehrkräfte	16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die ausufernde Gewalt in Deutschland hat jetzt auch die Gewerkschaften erreicht: In unsere Betroffenheit und tiefe Bestürzung mit den Opfern des Münchner Anschlags auf eine ver.di-Demonstration mischt sich die Forderung an die Politik, endlich wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Bestenfalls halbherzig ist der Berliner Versuch, mit Messerverbotzonen an drei Brennpunkten der Entwicklung Herr zu werden. Nicht nur, dass das Verbot wegen vieler Ausnahmen kaum durchzusetzen ist, es greift auch viel zu kurz.

Die DPolG Berlin fordert generelle Waffenverbote, unter anderem auch in Schulen und öffentlichen Gebäuden. Um die Ursachen der Gewalt wirksam zu bekämpfen, bedarf es konsequenter Kontrollen, einer engen Zusammenarbeit mit der Justiz sowie gezielter Sozial- und Präventionsmaßnahmen, ganz zu schweigen von dem dazu erforderlichen Personal.

Nach den Personalratswahlen im vergangenen Jahr schult der dbb berlin jetzt intensiv seine neuen Personalratsmitglieder. Das hauptstadt magazin war bei einer der wichtigen Grundschulungen dabei.

Titelthema dieser Ausgabe ist „Wohnen in Vielfalt“. In Berlin gibt es mittlerweile mehrere Mietshäuser, in denen die Diversität der Einwohner eine entscheidende Rolle spielt. Schwule Männer, lesbische Frauen, bisexuelle, trans und inter Menschen finden dort generationenübergreifend eine Bleibe, in der sie ohne Angst vor Ausgrenzung und Diskriminierung leben können.

Besondere Aufmerksamkeit verdient auch unser Preisrätsel, bei dem es dieses Mal ein Essen im griechischen Restaurant Sirtaki für zwei Personen zu gewinnen gibt. Die Taverna, die einen Besuch lohnt, stellen wir ebenfalls in dieser Ausgabe vor.

Wie immer wünscht gute Unterhaltung

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. **Internet:** www.dbb berlin.

E-Mail: post@dbb berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:**

mediacyber@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:**

marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 22,

gültig ab 1.1.2025. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: Henning Moser

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Änderung Laufbahngesetz

Von Frank Becker

Bereits im Juli 2024 hatte sich der dbb beamtenbund und tarifunion berlin (dbb berlin) in einer ersten Stellungnahme zu den Änderungen geäußert. Aus der Sicht des dbb berlin reichten die vorgesehenen laufbahnrechtlichen Änderungen im Berliner Landesdienst bei Weitem nicht aus, um die Attraktivität der Beschäftigung im öffentlichen Dienst wirksam zu erhöhen. Insbesondere fehlte es nach Feststellung des dbb berlin an einer stärkeren Laufbahndurchlässigkeit.

Ferner vermisste der dbb berlin vor allem Anreize für die vorhandenen Beschäftigten, die es in der personellen Krise dringend zu binden gilt. Nicht nachvollziehbar war bereits im letzten Jahr das Festhalten an den vorhandenen starren Laufbahnen, die mit ihren geringen Karrierechancen demotivierende Effekte bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auslösten. Nunmehr hat der Senat Anfang d. J. einen Gesetzestext in das Abgeordnetenhaus eingebracht, der die Einwände des dbb berlin in nicht ausreichender Form enthält. Aus diesem Grunde haben die Landesleitung des dbb berlin und auch sein Fachausschuss für Dienstrecht diesen Entwurf erneut beraten.

Mit Schreiben an Finanzsenator Evers und die Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus von Berlin hat der dbb berlin seine neuerliche Auffassung zum Gesetzentwurf übermittelt.

Neu in dem aktuellen Gesetzentwurf ist die Konkretisierung, dass das dort benannte Auswahlverfahren die Auswahl im Rahmen eines Stellenbesetzungsverfahrens für einen konkreten Dienstposten umfasst. Aus der Sicht des dbb berlin ist diese Konkretisierung bei Auswahlverfahren mit Blick auf den Leistungsaspekt nicht zu beanstanden. Allerdings haben wir uns – vor dem Hintergrund einer größeren Durchlässigkeit – dafür ausgesprochen, dass sich die anschließenden Beförderungen bis in das zweite Beförderungsamte des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe 2 zuzulassen sind. Das ist nach unserer Einschätzung aufgrund der Voraussetzungen des Masterabschlusses, des erfolgreich durchlaufenen Auswahlverfahrens, der Bewährung in der Erprobungszeit von 24 Monaten sowie der festgestellten Gleichwertigkeit der Qualifikation vertretbar und würde ein größeres Maß an Flexibilität innerhalb der Laufbahn unter Wahrung des Leistungsgedankens ermöglichen.

Ergänzend sprechen wir uns dafür aus, dass den Beamtinnen und Beamten die Möglichkeit gegeben

wird, im Wege der Verwendungsbeförderung bis in das zweite Beförderungsamte des zweiten Einstiegsamtes der Laufbahngruppe fortzukommen. Denn nach unserer festen Überzeugung ist eine erweiterte Beförderungsmöglichkeit für praxiserfahrene und hoch qualifizierte Beamtinnen und Beamte sachgerecht und wichtig. Dies würde zu einer stärkeren Durchlässigkeit innerhalb der Laufbahngruppen nach neuem Laufbahnzuschnitt auf der Basis von Berufserfahrung und langjähriger herausragender Leistung führen. Gerade für diesen Personenkreis der berufserfahrenen Leistungsträger/innen in der Berliner Landesverwaltung wäre diese weitergehende Fortkommensmöglichkeit im Rahmen der Verwendungsbeförderung motivierend und wird dazu beitragen, die Attraktivität der Berliner Landesverwaltung als Arbeitgeber zu stärken – auch mit Blick auf die schwieriger werdende Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte.

Begrüßt haben wir im Grundsatz auch die rechtliche Behandlung von Nebentätigkeiten als Dozentin oder als Dozent für Fortbildungseinrichtungen des Landes Berlin zur Lehrtätigkeit im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Bediensteten des Landes Berlin (zum Beispiel an der Verwaltungsakademie – VAK) durch das angekündigte ergänzende Rundschreiben. Auch nach unserer Einschätzung handelt es sich um einen vertretbaren Verzicht auf das Nachleisten der Arbeitszeit, um hier Anreize zur Übernahme der sinnvollen und wichtigen Lehrtätigkeit zu schaffen. Bisher mussten die Dozentinnen und Dozenten die Zeiten, die aufgrund der Lehrtätigkeit angefallen waren, nachträglich in ihren Dienststellen nachleisten.

Begrüßt hat der dbb berlin die neu aufgenommene Laufbahnfachrichtung „Informationstechnik“. In der Begründung zum Gesetzestext heißt es, dass diese Laufbahn vorsorglich aufgenommen wurde und eine entsprechende Laufbahnverordnung derzeit erarbeitet werde. ■

Die neuen Besoldungstabellen sind da!

(gültig ab 1. Februar 2025)

dbb
beamtenebund
und tarifunion
www.dbb.de

2025

Besoldungstabelle

Für Beamtinnen und Beamte
des Landes Berlin
Gültig ab 1. Februar 2025

dbb beamtenebund und tarifunion
Friedrichstraße 189, 10117 Berlin
Telefon 030.4081-5201, Fax 030.4081-4739
email: beamtee@dbb.de, internet: www.dbb.de

dbb vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

Vorteile für den öffentlichen Dienst?

Die gibt es bei der BBBank.

Jetzt informieren und Vorteile sichern:
www.bbbank.de/dbb

Wesentliche Stellenzulagen (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

Nummer	Polizei-/Feuerwehrzulage	85,05
1	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	170,10
2	Zulage für Beamte bei Justizvollzugs-einrichtungen und Psychiatrien	121,48
3	Berufshilfszulage von zwei Jahren	181,98
4	Abschlussprüfung als staatlich geprüfter Techniker	48,77
5	Beamte der Steuerverwaltung und der Polizeiverwaltung	21,67
6	des mittleren Dienstes	48,77
7	Allgemeine Stellenzulage	55,01
8	Buchstabe a und b	10,36
9	Doppelbuchstabe aa	112,66
10	Doppelbuchstabe ab	75,49
11	Buchstabe c und d	112,66
12	Doppelbuchstabe bb	112,66

Zulagen für Dienst zu ungünstigen Zeiten (je Stunde in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

§ 4 Abs. 1 EZARV

1. an Sonntagen, gesetzlichen Wochenferientagen und an Samstagen vor Orlern und Pfingsten nach 12 Uhr sowie für den 24. und 31. Dezember jeden Jahres nach 12 Uhr, wenn diese Tage nicht auf einen Sonntag fallen

2. a) an den übrigen Samstagen in der Zeit zwischen 13 und 20 Uhr

2. b) im Übrigen in der Zeit zwischen 20 und 6 Uhr

Nummer	Polizei-/Feuerwehrzulage	85,05
1	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit von einem Jahr	170,10
2	Zulage für Beamte bei Justizvollzugs-einrichtungen und Psychiatrien	121,48
3	Berufshilfszulage von zwei Jahren	181,98
4	Abschlussprüfung als staatlich geprüfter Techniker	48,77
5	Beamte der Steuerverwaltung und der Polizeiverwaltung	21,67
6	des mittleren Dienstes	48,77
7	Allgemeine Stellenzulage	55,01
8	Buchstabe a und b	10,36
9	Doppelbuchstabe aa	112,66
10	Doppelbuchstabe ab	75,49
11	Buchstabe c und d	112,66
12	Doppelbuchstabe bb	112,66

Uhrliche Sonderzahlung (Auszahlung mit den Dezemberbesoldungen) (Beträge in Euro)

Beamtinnen und Beamte Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	1.550,00
Versorgungspfläner Besoldungsgruppen A 5 bis A 9	775,00
Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter der übrigen Besoldungsgruppen	900,00
Versorgungspfläner der übrigen Besoldungsgruppen	450,00
Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst	500,00
Sonderbetrag für Kinder	50,00

© Geschäftsbereich Beamte. Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (Ung).

Anteilungen (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

Beamtengruppe	Fußnote	48,41
A 5		89,26
A 6		48,41
A 7		60,07
A 8	50 v. H. des jeweiligen Unterschaltensatzes zum Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 8	77,41
A 9		390,26
A 10	8 v. H. des Endgrundgehalts der Besoldungsgruppe A 9	209,23
A 11		167,35
A 12		251,01
A 13	11, 12, 13	386,12
A 14	5	291,01
A 15	10	355,02
A 16	12	339,22
	15	277,35

© Geschäftsbereich Beamte. Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (Ung).

Anwärtersubvention (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

Eingangsmitt. in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt

Beamtengruppe	Grundbetrag
A 5 bis A 9	1.407,66
A 9 bis A 11	1.527,45
A 12	1.682,25
A 13	1.717,47
A 13 + Zulage (Nr. 27 Abs. 1c der Vorn. zu BBesO A und B) oder R1	1.756,14

* Anwärter im mittleren Dienst der Berliner Feuerwehr, die nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes in das Engagement B oder A 7 (Berufshilfszulage) eintrifft, erhalten vom Beginn des Monats bis zum Ende des Monats einen wöchentlichen Abschuss von über 40 Stunden beginnend bis zum Schluss des Kalendermonats. In dem dieses endet, einen um 20 Prozent erhöhten Anwärtersubvention.

Familienzuschlag (§ 40 BBesO BE) (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

Erstes Kind	Zweites Kind	Drittes Kind	Viertes und jedes weitere Kind
142,44	142,44	819,76	678,99

Erhöhungsbeträge

Erstes Kind	Zweites Kind	A 5	A 6	A 7	A 8	A 9
181,05	181,05	181,05	181,05	181,05	181,05	181,05

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe in derselben Erfahrungslauf zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ergebniserwartung (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

ein Familienzuschlag nach § 40 BBesO BE wird ...

Ergebniserwartung	175,44
für ein berufsbeschäftigtes Kind	839,81
für zwei berufsbeschäftigte Kinder	719,65

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

(in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 3 Jahre)

Stufe	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 5	2.830,38	3.025,14	3.034,32	3.155,25	3.215,74
A 6	2.870,64	3.013,33	3.147,92	3.222,61	3.298,85
A 7	2.898,33	3.059,62	3.321,97	3.405,98	3.590,89
A 8	3.048,70	3.236,33	3.473,67	3.744,12	3.896,25
A 9	3.276,66	3.473,67	3.651,73	3.944,52	4.131,23
A 10	3.429,60	3.663,39	3.782,48	4.064,39	4.399,40
A 11	3.867,67	4.096,22	4.307,70	4.660,65	4.833,16
A 12	4.106,03	4.532,70	4.860,65	5.340,25	5.618,82
A 13	4.856,06	5.090,89	5.325,67	5.866,62	6.110,29
A 14	5.096,69	5.398,58	5.732,58	6.030,07	6.454,06
A 15	6.185,12	6.490,92	6.688,85	7.088,87	7.488,06
A 16	6.801,58	7.119,51	7.381,60	7.844,34	8.328,52

© Geschäftsbereich Beamte. Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (Ung).

Mehrwertsverteilung (Vergütung pro Stunde in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

§ 4 Abs. 1 MWerV

Beamtengruppe	18,44
Besoldungsgruppe A 5 bis A 8	25,30
Besoldungsgruppe A 9 bis A 12	34,88
Besoldungsgruppe A 13 bis A 16	

§ 4 Abs. 3 Satz 1 MWerV

Nummer	23,58
Nummer 1	29,16
Nummer 2	34,64
Nummer 3	
Nummer 4 und 5	40,47

Ergebniserwartung (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

ein Familienzuschlag nach § 40 BBesO BE wird ...

Ergebniserwartung	175,44
für ein berufsbeschäftigtes Kind	839,81
für zwei berufsbeschäftigte Kinder	719,65

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

(in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 3 Jahre)

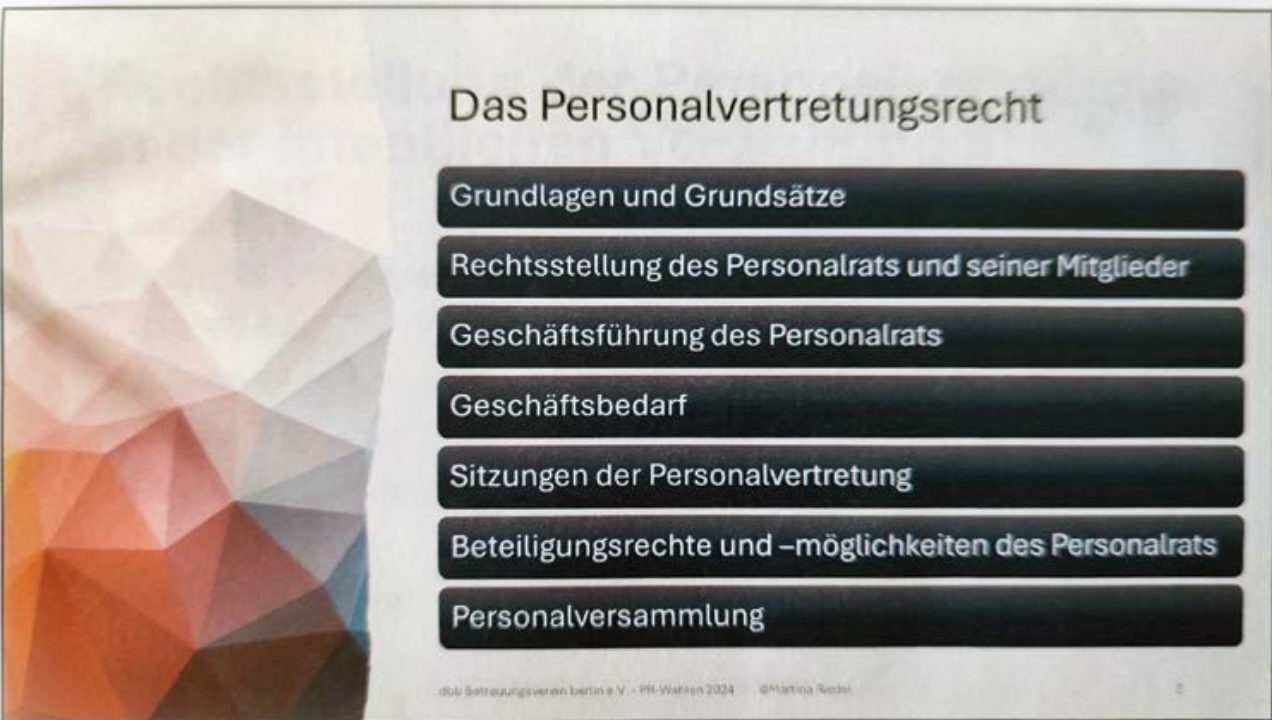
Stufe	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 5	2.830,38	3.025,14	3.034,32	3.155,25	3.215,74
A 6	2.870,64	3.013,33	3.147,92	3.222,61	3.298,85
A 7	2.898,33	3.059,62	3.321,97	3.405,98	3.590,89
A 8	3.048,70	3.236,33	3.473,67	3.744,12	3.896,25
A 9	3.276,66	3.473,67	3.651,73	3.944,52	4.131,23
A 10	3.429,60	3.663,39	3.782,48	4.064,39	4.399,40
A 11	3.867,67	4.096,22	4.307,70	4.660,65	4.833,16
A 12	4.106,03	4.532,70	4.860,65	5.340,25	5.618,82
A 13	4.856,06	5.090,89	5.325,67	5.866,62	6.110,29
A 14	5.096,69	5.398,58	5.732,58	6.030,07	6.454,06
A 15	6.185,12	6.490,92	6.688,85	7.088,87	7.488,06
A 16	6.801,58	7.119,51	7.381,60	7.844,34	8.328,52

Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro) Gültig ab 1. Februar 2025

(in den Besoldungsgruppen A 5 bis A 8 3 Jahre)

Stufe	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 5	2.830,38	3.025,14	3.034,32	3.155,25	3.215,74
A 6	2.870,64	3.013,33	3.147,92	3.222,61	3.298,85
A 7	2.898,33	3.059,62	3.321,97	3.405,98	3.590,89
A 8	3.048,70	3.236,33	3.473,67	3.744,12	3.896,25
A 9	3.276,66	3.473,67	3.651,73	3.944,52	4.131,23
A 10	3.429,60	3.663,39	3.782,48	4.064,39	4.399,40
A 11	3.867,67	4.096,22	4.307,70	4.660,65	4.833,16
A 12	4.106,03	4.532,70	4.860,65	5.340,25	5.618,82
A 13	4.856,06	5.090,89	5.325,67	5.866,62	6.110,29
A 14	5.096,69	5.398,58	5.732,58	6.030,07	6.454,06
A 15	6.185,12	6.490,92	6.688,85	7.088,87	7.488,06
A 16	6.801,58	7.119,51	7.381,60	7.844,34	8.328,52

© Geschäftsbereich Beamte. Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (Ung).



Personalräte

Schulungen laufen auf vollen Touren

Ende vergangenen Jahres sind die Personalratswahlen in Berlin zu Ende gegangen und schon seit Januar schult der dbb berlin seine neuen Personalratsmitglieder, um sie optimal auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorzubereiten.

Am 10. Februar startete bereits der dritte von insgesamt voraussichtlich sechs jeweils zweitägigen Durchgängen des Moduls 1 der Grundschulung im Personalvertretungsrecht durch die stellvertretende Landesvorsitzende Martina Riedel, bei dem auch das hauptstadt magazin dabei sein durfte.

Martina Riedel, die selbst schon mehr als zwei Jahrzehnte lang verschiedenen Personalräten angehört hat – zuletzt seit 2016 dem Gesamtpersonalrat Finanzen als Vorsitzende –, kam bei dem Seminar schnell zur Sache. Denn wer eine der üblichen, etwas behäbigen Vorstellungsrunden zum Auftakt erwartet hatte, sah sich schnell eines Besseren belehrt und wurde gebeten, den ganz persönlichen, für ein Personalratsmandat nützlichen Erfahrungsschatz stichwortartig an eine imaginäre Schatztruhe zu heften. Bei der anschließenden Erläuterung dieser Stichworte haben nicht nur die 15 frisch gebackenen Personalratsmitglieder einen stärkeren Eindruck von ihren Mitstreitern gewonnen, die Seminarrunde wurde

auch sofort hellwach und Martina Riedel gewann einen ersten Eindruck von dem Teilnehmerfeld. Engagiert hatten sich schon alle, sei es in Sportvereinen, in Elternbeiräten oder sei es in ihren Fachgewerkschaften.

Praxisnah und interaktiv

Dass es in dieser Schulung besonders praxisnah und interaktiv zugehen würde, musste den Teilnehmerinnen und Teilnehmern spätestens aufgehen, als sie im Anschluss Fragen und Probleme benennen sollten, die in ihrer bisherigen, noch kurzen Amtszeit unbeantwortet geblieben waren. Spontan wurde die Referentin mit den unterschiedlichsten Problemkreisen geradezu überschüttet. U. a. hatten sich Themen wie Höhergruppierung, die Stellung von Ersatzmitgliedern, Kündigungsschutz oder auch die viel zitierte vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Dienststelle als erklärungsbedürftiger erwiesen als erwartet.



Martina Riedel sorgte für ein informatives und kurzweiliges Seminar.

Für Martina Riedel hielt das bunte Themenpotpourri keine Überraschung bereit. Die Problemvielfalt unterstreiche vielmehr die Notwendigkeit der Personalratsarbeit, in der Langweile nicht aufkommt. Die Fragen, versprach sie, würden am Ende der Veranstaltung geklärt sein.

Sieben Hauptthemenfelder

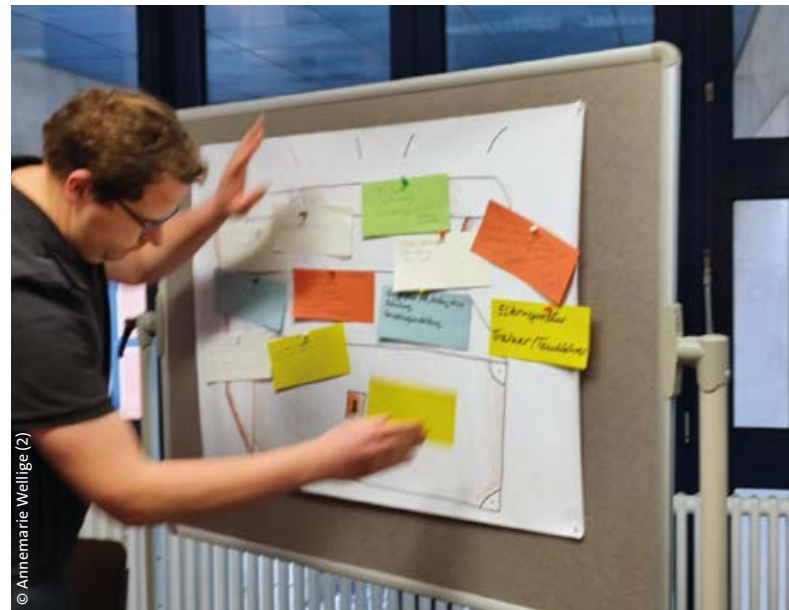
Danach ging es sehr klar strukturiert und immer im Dialog mit den Seminarteilnehmern an die Bestimmungen des Personalvertretungsrechts – aber nicht etwa Paragraf für Paragraf, sondern nach den sieben Hauptthemenfeldern aufgeteilt, wie sie in der Abbildung „Das Personalvertretungsrecht“ ersichtlich sind. Martina Riedel stellte dabei nicht nur die einschlägigen Einzelbestimmungen vor, son-

dern gab auch wertvolle Handlungsempfehlungen, warnte vor Fallstricken und beantwortete dank ihrer breiten Erfahrung auch zuverlässig viele Detailfragen. Auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Personalratsmitgliedern aus den verschiedensten Bereichen der Berliner Verwaltung (Justizvollzug, Schule, Polizei, Landeslabor Berlin-Brandenburg ...) kam dabei nicht zu kurz.

Mit dem Hinweis auf den Verfassungsrang der Personalratsarbeit stärkte sie schließlich den Rücken der neuen Personalratsmitglieder.

Insgesamt waren es zwei wertvolle Schultage, auf die im Sommer das zweite Modul zur Vertiefung folgen wird. Nach Verabschiedung des neuen Berliner Personalvertretungsgesetzes werde es ein weiteres Modul geben, kündigte Riedel außerdem an. Es war ein kurzweiliges, aber höchst informatives Seminar oder wie ein Teilnehmer feststellte: „Man kann gesetzeslastige Themen auch kurzweilig präsentieren.“

Die imaginäre Schatztruhe



© Annemarie Wellige (2)

Kostenübernahme gesichert

Auch wenn einige Dienststellen des Landes Berlin in letzter Zeit die Kostenübernahme – insbesondere für Grundschulungen im Personalvertretungsrecht – aufgrund fehlender Haushaltsmittel infrage gestellt haben, ändert das nichts daran, dass Personalräte nach § 40 Abs. 1 in Verbindung mit § 42 Abs. 3 PersVG einen Anspruch auf Kostenübernahme für Schulungs- und Bildungsver-

anstaltungen haben, die für die Personalratstätigkeit erforderlich sind. Das hat der Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Finanzen, Wolfgang Schyrocki, auf ein Schreiben des dbb berlin bestätigt. Es ist dabei anerkannt, dass insbesondere Grundschulungen für Personalratsmitglieder zu den erforderlichen Kosten im Sinne des Gesetzes gehören.



Waffenverbotszonen

Praxisfern, kompliziert, nicht effizient

In Berlin gelten seit 15. Februar drei Waffenverbotszonen an kriminalitätsbelasteten Orten am Leopoldplatz, am Cottbusser Tor und am Görlitzer Park. Wegen der vielen Ausnahmeregelungen droht das Verbot, das bei Verstößen mit Geldbußen bis zu 10.000 Euro geahndet werden kann, allerdings zu einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Polizei und Gerichte zu verkommen.

Die zugrunde liegende Verordnung sei praxisfern, weil die vielen Ausnahmen eine effektive Durchsetzung des Verbots erschweren, kritisiert die DPoIG Berlin. Zudem sei fraglich, ob die Verwaltungsgerichte Verstöße auch konsequent ahnden und sich nicht in langwierige und ergebnislose Bußgeldverfahren verstricken werden. „Ohne eine klare Linie wird die Verordnung zur reinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Polizei, Ordnungsämter und Gerichte – ohne Mehrwert für die innere Sicherheit“, betont der DPoIG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf.

Ausnahmen gelten etwa für Picknick- und Grillutensilien, sodass die Polizei in jedem Einzelfall eine Berechtigung zum Führen eines Messers prüfen muss. „Das ist eine untragbare Situation für die Einsatzkräfte“, stellt der Pfalzgraf klar.

Unstrittig ist, dass Berlin ein Problem mit Gewaltkriminalität hat. Statistisch werden pro Tag ungefähr neun Straftaten begangen, bei denen ein Mes-

ser im Spiel ist. Es sei zwar anzuerkennen, so die DPoIG Berlin, dass die Politik das Problem endlich in Angriff nimmt, dabei sollte allerdings mehr auf die Expertise der Fachleute gesetzt werden. So fordert die dbb Gewerkschaft ein generelles Waffen- und Messerverbot auf Spiel- und Sportplätzen, in Schulen, Jugendeinrichtungen und in öffentlichen Gebäuden. Es gäbe keinen Grund, warum jemand beispielsweise im Jobcenter ein Messer dabei haben sollte. Entscheidend sei außerdem, dass die Polizei über ausreichend Personal verfügt, um die Einhaltung der Verbote effektiv zu kontrollieren.

Um die hohe Zahl an Messerangriffen in Berlin einzudämmen, reichen aber Waffenverbotszonen allein nicht aus. Um die Ursachen der Gewaltkriminalität zu bekämpfen, sind nach Feststellung der DPoIG Berlin verstärkte Polizeipräsenz, konsequente Kontrollen, eine enge Zusammenarbeit mit der Justiz sowie gezielte Sozial- und Präventionsmaßnahmen unerlässlich. ■

Polizei

DPolG Berlin zeigt weitere Fehlentwicklungen auf

Gleich eine ganze Reihe von weiteren Versäumnissen und Fehlentwicklungen hat die DPolG Berlin im vergangenen Monat publik gemacht. Die Mängelliste reicht vom Objektschutz bis hin zur Ausrüstung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

„Die Belastung durch den Objektschutz hat ein unhaltbares Maß erreicht“, kritisierte der DPolG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. Während immer mehr Gebäude gesichert werden müssten, fehle es an Personal, Strukturen und Unterstützung. „Es kann nicht sein, dass die größte Polizeibehörde Deutschlands auf private Sicherheitsfirmen angewiesen ist, weil ihr eigenes Personal anderswo eingesetzt ist.“



warn die DPolG vor weiteren zeitlichen Verzögerungen. „Die Kolleginnen und Kollegen brauchen diese Schutzkleidung jetzt – nicht erst in vielen Monaten“, betonte Bodo Pfalzgraf unter Hinweis darauf, dass das Vorhaben bereits Anfang 2024 im Gesamtpersonalrat vorgestellt worden ist. Es handele sich um Arbeitsschutzmaßnahmen, die zeitnah und ohne Kostenbeteiligung der Dienstkräfte umgesetzt werden müssten.

Die DPolG Berlin fordert, dass freie Stellen im Objektschutz unverzüglich besetzt, zusätzliche Kräfte eingestellt und Einsatzfahrten effizienter strukturiert werden. Auch gelte es, mehr gefährdete Objekte technisch aufzurüsten und strikte Mindeststandards für externe Sicherheitsdienstleister mit transparenten Firmenstrukturen festzulegen. Schließlich erwartet die DPolG Berlin eine stärkere Kostenbeteiligung des Bundes an den hauptstadtbedingten Sonderaufgaben.

Hunderte von Berliner Polizeivollzugsbeamten müssen nach Angaben der DPolG derzeit im Objektschutz arbeiten und fehlen beispielsweise beim Schutz von Versammlungen, bei Funkwageneinsätzen, als Ermittler der Kriminalpolizei oder als Personal in den Kiezen, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Worten müssen Taten folgen

Im Zusammenhang mit der geplanten Einführung schnittsicherer Westen für die Berliner Polizei

Bearbeitungsstau in der Bußgeldstelle

Sorgen bereitet der DPolG Berlin schließlich auch ein massiver Bearbeitungsstau in der Berliner Bußgeldstelle, der mittlerweile die Effizienz der Verkehrsüberwachung gefährdet. „Seit Oktober 2024 sind rund 50.000 Papieranzeigen aus dem ruhenden Verkehr unbearbeitet geblieben“, kritisiert der DPolG-Landesvorsitzende. Der Grund: erhebliches Personaldefizit beim externen Dienstleister ATOS, der für die Weiterverarbeitung der eingehenden Papieranzeigen zuständig ist.

„Es ist völlig inakzeptabel, dass sich ein derartiger Rückstand ansammelt. Darunter leiden sowohl die Verkehrssicherheit als auch die betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Außendienst und in der Bußgeldstelle“, so Pfalzgraf. Auch verliere Berlin Einnahmen in erheblicher Höhe. ■



gkl Nachhilfe für Berliner Verkehrspolitiker

Eine Nachhilfelektion über die missliche Situation des Fahrpersonals bei BVG/BT hat der stellvertretende Landesvorsitzende der gkl berlin, Stephan Briesenick, dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Johannes Kraft, erteilt.

Kraft, der sich in der Berliner Zeitung kritisch zu den aktuellen Tarifforderungen für die Beschäftigten von BVG/BT geäußert hatte, musste sich von der gkl darüber belehren lassen, dass die BVG/BT im bundesweiten Verdienstvergleich nicht nur am schlechtesten zahlt, sondern dass das Fahrpersonal in Berlin auch besonders schwierigen Bedingungen ausgesetzt ist.

Beschossen, bespuckt und verprügelt

Die Kollegen würden beschossen, bespuckt, verprügelt, mit Messern und zerschlagenen Flaschen bedroht und mit Steinen beworfen, heißt es in einem Schreiben an Kraft. Bedauerlicherweise blieben Statements der Politik hierzu aber aus.

Abwanderung ins Umland

Aber auch die Beschäftigungsbedingungen bei BVG/BT ließen immer mehr Fahrdienstmitarbeiter ins Umland abwandern: Denn dafür, dass sie ständig wechselnde Schichten und geteilte Dienste, zwischen denen kaum Schlaf zu finden ist, in Kauf nehmen müssen, verdienen sie in Berlin gerade mal netto 2000 Euro.

Teure Benzinkosten und Parkraumgebühren

Doch damit nicht genug: Um überhaupt zu ungünstigen Zeiten zur Arbeit kommen zu können, werden sie zudem noch mit Benzinkosten und Parkraumgebühren belastet, von den allgemein in Berlin

hohen Strom- und Gaspreisen und den exorbitanten, überteuerten Mieten in Berlin ganz zu schweigen.

Auch unter der Unvernunft anderer Verkehrsteilnehmer und von Fahrgästen hätten die Beschäftigten im Fahrdienst zu leiden, die trotzdem zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den Werkstätten, auf den Funkwagen, in den Leitstellen, in der Sicherheit, der Reinigung, den Kantinen, in den Büros und so weiter an 365 Tagen rund um die Uhr Berlinerinnen und Berliner, Touristen – und vielleicht auch Politiker – von A nach B befördern.

Ausgedünnter Fahrplan

Die Antwort der BVG auf das abwandernde Fahrpersonal, wie es in dem Schreiben weiter heißt, ist übrigens ein seit Dezember 2023 um 6 Prozent ausgedünnter Fahrplan. Dagegen werde das Personal weiterhin in keiner Weise beachtet und wertgeschätzt.



© Wolfgang Wellige (2)



Die Stadt gehört allen!

Wohnen in Vielfalt auf der Roten Insel

Als Monika Mayerhofer-Kammann ausgerechnet an ihrem 70. Geburtstag die Kündigung ihres Vermieters wegen Eigenbedarf ins Haus flatterte, waren die Sorgen groß. Nicht nur, dass sie nach über 30-jähriger Mietdauer plötzlich auf Wohnungssuche gehen musste, der „Rauswurf“ durch den neuen Hausbesitzer war auch von unflätigen Beschimpfungen wegen ihrer lesbischen Lebensgemeinschaft mit Elke Schliebe begleitet, die nur 120 Meter entfernt ihr eigenes Zuhause hatte.

Beide konnten zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen, dass die Kündigung sich wenige Jahre später als ausgesprochener Glücksfall erweisen sollte.

Lebensort Vielfalt

Wie es der Zufall wollte, hatte nämlich die Schwulenberatung Berlin zum selben Zeitpunkt einen Lebensort Vielfalt am Südkreuz fertiggestellt, in dem queere Menschen einen sicheren Hafen finden. Monika Mayerhofer-Kammann und Elke Schliebe bewarben sich und konnten auch eine der 68 Wohnungen auf der ehemaligen Roten Insel in der Gotenstraße 50 beziehen.

Vor Ort hat sich das hauptstadt magazin bei den beiden Frauen davon überzeugt, dass das Konzept der Schwulenberatung als Träger der Einrichtung hundertprozentig aufgegangen ist: Schwule Männer, lesbische Frauen, bisexuelle, trans und inter Menschen sollten nämlich generationenübergreifend eine Bleibe finden, in der sie ohne Angst vor Ausgrenzung

und Diskriminierung leben können. Mehr noch, das Wohnen dieser gesellschaftlichen Minderheit wurde verknüpft mit Begegnungsorten für die Kiezbewohner wie einem Restaurant und zwei Kitas.

Respekt statt Diskriminierung

„Wir leben hier in Vielfalt, mit Respekt vor einander und ohne Anfeindungen“, bestätigen auch Monika Mayerhofer-Kammann und Elke Schliebe, die beide im Laufe ihres Lebens auch sehr gegenläufige Erfahrungen wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung sammeln mussten. Man hat vor ihnen ausgespuckt, ihnen die Existenzberechtigung abgesprochen und sogar den Kontakt mit den eigenen Enkeln verwehrt, ganz zu schweigen davon, dass für Ü-70-Frauen die Selbstfindung in der recht bigotten Nachkriegszeit keine Kleinigkeit war. Beide Frauen waren in jungen Jahren innerlich zerrissen und zunächst – ganz wie es die Gesellschaft erwartet hat – verheiratet. Aber auch als sie ihre wahren Neigungen entdeckten, blieb es schwer, sich zu offenbaren

und das wahre Ich auszuleben. Zueinander fand das lesbische Paar – Monika aus West- und Elke aus Ostberlin – übrigens erst 1996.

Verständnis und Hilfsbereitschaft

Beide sind ausgesprochen begeistert von dem Wohnprojekt und unterstützen das Konzept nach Kräften. So bringen sie sich bei Gemeinschaftsveranstaltungen ein, wobei es insbesondere Elke Schliebe nicht an Ideen fehlt, denn sie war zeit ihres Berufslebens im Kulturbereich tätig, unter anderem zu DDR-Zeiten als Leiterin des Kulturhauses Mitte. Auch gegenseitige nachbarschaftliche Hilfe und Verständnis sind für die beiden eine Selbstverständlichkeit und auf der von ihnen bewohnten 4. Etage gelebte Wirklichkeit. Bei dem Gespräch mit dem hauptstadt magazin schaut denn auch Nachbarin Mona Lisa von Allenstein herein, die als katholischer Priester Monikas und Elkes Verbindung im vergangenen Jahr höchstpersönlich gesegnet hatte und frei bekennt, in der Gotenstraße 50 ihr wahres Zuhause gefunden zu haben. Obwohl an einen Rollstuhl gefesselt, bringt auch Mona Lisa sich in die Gemeinschaft ein und erfreut die Kinder in den angeschlossenen Kitas mit spannenden, selbst erfundenen Geschichten.

Ein Haus zum Wohlfühlen

Dass das Haus zum „Wohlfühlen“ gebaut wurde, unterstreicht auch eine Hausbesichtigung mit Monika. Angefangen von einer Dachterrasse über einen gemeinsamen Garten im Innenhof bis hin zu einem großen Gemeinschaftsraum und einem Restaurant ist alles vorhanden, was ein friedliches Zusammenleben fördert. Das ganze Haus ist barrierefrei und die hellen, unterschiedlich großen Wohnungen sind zweckmäßig geschnitten und samt und sonders mit einem Balkon

Gemeinsamkeit
wird groß-
geschrieben.



© Elke Schliebe



© AnneMarie Wellige

Elke Schliebe,
Mona Lisa von
Allenstein und
Monika Mayer-
hofer-Kammann
(von links)

versehen. Knapp die Hälfte der Wohneinheiten ist Menschen mit geringem Einkommen vorbehalten. Bevorzugt werden die Wohnungen an queere Menschen vergeben, wobei auch auf eine Balance zwischen Jung und Alt, Menschen mit und ohne Kindern und zwischen Alleinstehenden und Familien angestrebt wird.

Vorurteile schon in der Kita abbauen

Außerdem gibt es – ebenfalls im Sinne der Vielfalt – Pflege- und therapeutische Wohngemeinschaften, eine Beschäftigungstagesstätte sowie zwei allgemein zugängliche Kitas, die schon bei den Jüngsten Vorurteile gegenüber homosexuellen Menschen abbauen wollen.

Auch an Kunst fehlt es in keiner Etage. Monika verweist bei der Besichtigung stolz auf das Storyboard, das den Flur der 4. Etage ziert. In zwölf Motiven stellt es die Lebenswirklichkeit andersgeschlechtlicher Personen dar.

Bauherrenpreis gewonnen

Das Haus am Südkreuz, das erst 2023 fertiggestellt wurde, ist übrigens das dritte seiner Art und es verwundert nicht, dass schon das erste im Jahre 2012 in Charlottenburg fertiggestellte Gebäude den HIV-Community-Preis und den Deutschen Bauherrenpreis gewann. ■

Mehr Infos:
Schwulenberatung Berlin
Gotenstraße 51, 10829 Berlin
Tel.: 030.446688111
www.schwulenberatungberlin.de



Taverna Sirtaki

Schlemmen und Wohlfühlen

Das griechische Restaurant Sirtaki in Lankwitz ist keineswegs an einer Touristen- oder Einkaufsmeile gelegen und trotzdem – besonders an Wochenenden – brechend voll.

Das Geheimnis dieses Erfolgs ist nicht nur eine ausgezeichnete nordgriechische Küche, sondern auch die herzliche und einladende Atmosphäre, für die Inhaber Konstantinos Iosifidis und seine Familie schon seit 1987 sorgen.

Herzliches Willkommen

So lässt es sich der Chef des Hauses, obwohl ständig im Laufschrift mit dem Bewirtungsbetrieb beschäftigt, nicht nehmen, seine Gäste ganz persönlich willkommen zu heißen. Die meisten von ihnen kennt er sogar persönlich. Denn wer einmal im Sirtaki zu Gast war, kommt immer wieder. „Inzwischen auch schon in zweiter und dritter Generation“, bestätigt Konstantinos Iosifidis. Auch das hauptstadt magazin konnte sich bei seinem Besuch in der Taverna der Wohlfühlatmosphäre nicht entziehen, die von besonderer Herzlichkeit und entspannter Heiterkeit geprägt ist. Rundum an allen Tischen fröhliche Gesichter und angeregte Unterhaltungen bei vorzüglichem sonnengereiftem Wein und den kulinarischen Genüssen des Hauses.

Europäische und orientalische Einflüsse

„Die nordgriechische Küche“, erläutert Iosifidis, „zeichnet sich infolge der geografischen Lage der Region durch europäische und orientalische Einflüsse aus, insbesondere bei den Gewürzen. Zusammen mit einer leichten Anpassung an die Vorlieben deutscher Zungen ergibt das eine besonders schmackhafte Zusammenstellung.“ Zu viel verspricht diese Erläuterung nicht, denn was beim Besuch des hauptstadt magazins auf den Tisch kam, war exzellent sowohl qualitativ und geschmacklich wie auch auf den Punkt zubereitet: Eine großzügige Fleischplatte mit Lammsteaks, Gyros, mit Frischkäse gefüllten Hackfleischrollen, frittierten Tintenfischringen und Shrimps wurde mit verschiedenen Salaten, griechischen Backkartoffeln, Pommes und einem vorzüglichen hausgemachten Zaziki serviert – und zwar sehr charmant von den Söhnen des Hauses.

Dankbare Gäste

Dieser Charme, den die gesamte Familie ausstrahlt, ist es wohl auch, den die Gäste besonders genießen und für den sie auch dankbar sind. Darauf lassen zumindest die liebevoll mit Erinnerungsfotos gespickten Alben schließen, die treue Kunden zum 20- und 30-jährigen Jubiläum des Restaurants zusammengestellt haben. Auch die Eintragungen im Gästebuch sprechen für sich: Von einem „zweiten Wohnzimmer“, einer „Rundum-Wellness-Oase“, „perfektem Essen und Trinken“ sowie von „Superstimmung“ ist da die Rede.

Wer sich auch in der anheimelnden Taverna mit besonderen kulinarischen Genüssen verwöhnen lassen möchte, tut gut daran, rechtzeitig zu reservieren:

Taverna Sirtaki
Kaiser-Wilhelm-Straße 130
12247 Berlin-Lankwitz
Tel.: 030.7749332
E-Mail: kosta.i@t-online.de

Der Chef
des Hauses:
Konstantinos
Iosifidis



© Danijil Polikarpov (3)

Dienststelle; Behörde	↘	altgriechischer Hauptstamm	↘	int. Profiteennisverband (Abk.)	↘	Vorrichtung zum Heizen, Kochen	Aktion, Handlung	↘	amerik. Schauspieler (Richard)	weiter, kragenloser Mantel der Araber	↘	Glaube (im Islam)	Titel arabischer Fürsten	im Jahre (lateinisch)	französisch: Sommer	↘	annähernd, ungefähr				
Verhältnisswort	↗			Feier, Party (ugs.)	↻1				Frau, die ein fremdes Kind stillt	↗				griechische Göttin	↘						
↗						Insel der Kleinen Antillen	↗					französischer Maler (Edouard)	↗		↻9						
Idee ohne reale Grundlage	↗	große Zweige weg-schneiden		frühere franz. Silbermünze	↗			↻5	Vorsilbe: gegen (griech.)	↗				Bestand, tatsächlicher Vorrat			Wunddesinfektionsmittel				
gälischer Name Irlands	↗					<p style="text-align: center;">Unsere Gewinner</p> <p>Je eine Trinkflasche haben beim Januar/Februar-Preisrätsel gewonnen:</p> <p>Kathrin Pavel, 13127 Berlin Barbara Rössel, 12159 Berlin Jörg Fischer, 12207 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war „Glühwein“.</p>															
↗		↻8	gelehrter Bibelausleger													spanischer Rotwein	↻7	Einwohner des antiken Italiens			Geistlicher im Ruhestand
Fluss in Peru, am Andenosthang	↗															Steigen und Fallen des Wassers	↗				
anhänglich, loyal		tropische Knollenfrucht		Schwarzmeerhalbinsel													↘	gefallsüchtig; eingebildet		portugiesischer Seefahrer (Vasco da)	
kurz gebratene Fleischschnitte	↻3					jap. Staatsmann: ... Hirobumi	Wettkampf der alten Griechen	↘	Zaren-erlass	↘	Kzw.: unbekanntes Flugobjekt	Ansehen, Prestige, Bild (engl.)					↻2				
Ab-schnitt der Woche				gesamte Takelung eines Schiffes					religiöse Verehrung					Affe, Weißhandgibbon							
Ein-siedler, Klausner							norwegischer Königsname					tropisches Harz									
äußerste Armut			↻4	norddeutscher Gruß					Schuldsumme, Fehlbetrag	↻6				Empfehlung							

Ein Besuch im Sirtaki ...

... ist bei unserem aktuellen Preisrätsel zu gewinnen. Die Gewinnerin beziehungsweise der Gewinner ist mit einer Begleitperson herzlich eingeladen, nordgriechische Spezialitäten zu kosten – und ein Getränk ist auch noch dabei.

Raten Sie mit und schicken Sie das richtige Lösungswort bis zum 15. März an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Daniil Polikarpov



Besserer Schutz für Mandatsträger gefordert

Der Bundesrat hat am 14. Februar einen Entschließungsantrag des Berliner Senats unterstützt, der auf einen besseren Schutz von Mandatsträgern und deren Unterstützungskräften vor tätlichen Angriffen abzielt.

Im Europawahlkampf sowie im Vorfeld der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg von verganginem Jahr waren sowohl Personen körperlich angegriffen worden, die sich zur Wahl stellten, als auch die Helferinnen und Helfer, wenn sie beispielsweise Wahlplakate aufgehängt haben. Teils haben die Betroffenen erhebliche Verletzungen davongetragen.

Dazu Berlins Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, Felor Badenberg: „Wir haben parteiübergreifend mittlerweile fast täglich Attacken auf Kandidaten, ehrenamtliche Unterstützer und Kommunalpolitiker zu verzeichnen. Der zunehmenden Rohheit der politischen Kultur müssen wir endlich angemessen begegnen.“

Die Berliner Initiative fordert die Bundesregierung auf, feindselige Verhaltensweisen, auch unterhalb der Grenze zur Körperverletzung, beispielsweise das Bespucken, feindseliges Anrempeln, Überschütten mit Flüssigkeiten oder das Bewerfen mit Gegenständen, als tätliche Angriffe in den Strafkatalog aufzunehmen, soweit sie dazu dienen, die Arbeit an der Basis der Demokratie zu beeinträchtigen. ■

Immer mehr Aggressionen gegen Berliner Lehrkräfte

Beleidigungen, Bedrohungen, körperliche Angriffe – Berliner Lehrerinnen und Lehrer werden immer häufiger Opfer von psychischer und auch physischer Gewalt am Arbeitsplatz, meldet der Tagesspiegel in seiner Ausgabe vom 12. Februar 2024. Die polizeiliche Verlaufsstatistik zeige in den Jahren 2019 bis 2024 mehrheitlich Straftaten aus den Deliktgruppen Körperverletzung, Nötigung/Freiheitsberaubung/Bedrohung und Beleidigung auf sexueller Grundlage, in denen die Geschädigten Lehrkräfte waren.

2024 hat die Fallzahl den aktuellen Höchststand von 283 Fällen erreicht. Damit sind die Vorfälle um mehr als 50 Prozent in fünf Jahren angestiegen.